

Rußland und der Kosovo-Krieg

Vor der Eskalation

Rußland beschuldigte die Vertreter der Albaner, die Kosovo-Verhandlungen in Frankreich im Februar und März 1999 zum Scheitern gebracht zu haben; die Serben seien „kompromißbereit“ gewesen. Den russischen Diplomaten war es nach Eindruck der liberalen Moskauer Zeitung „Izvestija“ allerdings weit weniger um unparteiische Vermittlung als um den „Schutz der Interessen Serbiens um jeden Preis“ gegangen.¹ „Offiziell“ trat Rußland stets für eine breite Autonomie des Kosovo ein, übte aber auf Serbien keinerlei Druck aus, das in der Praxis auch zuzugestehen. Dafür erklärte Moskau wiederholt, daß die Bundesrepublik Jugoslawien (BRJ) als souveräner Staat ihre Militär- und Sicherheitskräfte stationieren könne wo sie wolle - auch im Kosovo, und die NATO habe kein Recht, deren völligen Abzug zu fordern. Außerdem hätten die USA die Bedingungen an Belgrad vorsätzlich unannehmbar formuliert, um die zwangsläufige Ablehnung zum Vorwand für Gewaltanwendung nehmen zu können.

Rußland hatte auch für den Fall des Scheiterns der Kosovo-Verhandlungen nicht nur ein militärisches Vorgehen gegen die BRJ, sondern bereits Drohungen damit (von Ultimaten ganz abgesehen) klar abgelehnt; Gewalt ohne Zustimmung des UNO-Sicherheitsrates sei auch in Gestalt einer „humanitären Intervention“ völlig unzulässig und völkerrechtswidrig. - Russischer „Druck auf Belgrad“, auf daß dieses eine politische Regelung akzeptiert, stellte sich entgegen westlicher Hoffnungen nicht ein. Rußland achtete darauf, alles zu unterlassen, was darauf hinweisen könnte, daß es sich gegenüber Belgrad zum Anwalt westlicher Forderungen macht.

Reaktionen auf den Beginn von „Allied Force“

Rußland schlug sofort eine (in der Diktion von Außenminister Igor Iwanow) „sehr harte, unversöhnliche Linie gegenüber dem Akt der Aggression der NATO“ ein.² Präsident Boris Jelzin verkündete noch am Tag des Beginns der Luftschläge der Allianz (24. März 1999) folgende Maßnahmen: Abberufung des Militärvertreters Rußlands bei der NATO, Generalleutnant Viktor Sawarsin; Sistierung der (ohnedies nie sehr aktiven, Anm. d. Verf.) russischen Teilnahme am NATO-Programm „Partnership for Peace“ (PfP); Verschiebung der Verhandlungen über die Eröffnung einer militärischen Verbindungsmission der NATO in Moskau. Außerdem wurde das russische SFOR-Kontingent in Bosnien-Herzegowina einseitig dem NATO-Kommando entzogen und dem Generalstab in Moskau unterstellt.

Rußland fühlt sich durch die Ereignisse am Balkan in seiner Vorstellung vom prinzipiell unveränderlichen „aggressiven Charakter“ der NATO allgemein und in der Ablehnung ihrer Osterweiterung konkret bestätigt, lehnte (wie auch Belarus) eine Einladung zu den 50-Jahr-Feiern der Allianz in Washington im April ab und übte zudem heftige Kritik an ihrem neuen Strategischen Konzept, das weltweite Interventionen legitimieren solle. Außerdem warf Moskau der NATO vor, mit „Allied Force“ die im Mai 1997 unterzeichnete „Grundakte“ NATO - Rußland zu verletzen.

Aus der Sicht Moskaus wurde die UNO (gemeint: das russische Vetorecht im Sicherheitsrat, Anm. d. Verf.) von der NATO umgangen; die Weltorganisation sei daher

¹ Izvestija 19.3.1999, S. 3.

² Interview, in Moskovskie novosti 18/1999, S. 4.

entwertet bzw. überhaupt „kollabiert“.³ „Die Welt“ bzw. „die Weltgemeinschaft“ sei empört über die NATO und unterstütze die russische Position. Moskau protestierte auch deswegen scharf gegen „Allied Force“, weil es darin die Absicht der NATO sah, sich über seine Meinung hinwegzusetzen, obwohl es signifikante Mitsprache in sämtlichen irgendwie relevanten weltpolitischen Angelegenheiten beansprucht. Ohne Rußlands gegenwärtige Schwäche, zu der der Westen bewußt beigetragen habe, hätte die NATO keinen Krieg gegen die BRJ gewagt - und daraus wurde der Schluß gezogen, daß es wirtschaftlich und militärisch wieder erstarken müsse, weil man „mit den Schwachen nicht rechnet“.

Die Milosevic-Führung hatte bei den schweren Moskauer Krisen im August 1991 und im September/Oktober 1993 jeweils die kommunistischen und nationalistischen Gegner Jelzins unterstützt, da sie sich von diesen mehr Unterstützung für die eigene Politik erhoffte. Das ist inzwischen offenbar vergessen. Jelzin wollte „Milosevic nicht fallenlassen. Wir wollen ihn kräftiger an uns drücken“.⁴ Die Eliten in Politik, Diplomatie, Militär, Medien, Wissenschaft und auch russisch-orthodoxer Kirche zeigten angesichts der Ereignisse am Balkan die gut bekannte weitgehende Einigkeit jenseits weltanschaulicher Trennlinien („patriotischer Konsens“). Die Serben wurden als Opfer, die NATO und die Kosovo-Albaner (und v.a. die „Befreiungsarmee des Kosovo“/UCK) als Aggressoren dargestellt. Stimmen, die zu Mäßigung und Differenzierung aufriefen, waren geraume Zeit kaum vernehmbar. Lediglich einige wenige Medien diagnostizierten bei russischen Politikern eine „Psychose“,⁵ und Präsidenten autonomer Republiken mit moslemischer Titularnation (v.a. Baschkirien, Tatarstan und Inguschetien) kommentierten die unübersehbare Parteinahme der Zentralregierung in Moskau für die BRJ skeptisch.

Meinungsumfragen in Rußland zeigten eine überwältigende Ablehnung von „Allied Force“, und die in den letzten Jahren ohnedies spürbar gewachsene nationalistisch-isolationistische und antiwestliche (und v.a. antiamerikanische) Stimmung verstärkte sich weiter. Sie artikulierte sich in zahlreichen mitunter überaus emotionalen Demonstrationen vor den diplomatischen Vertretungen westlicher Staaten (und v.a. der USA und Großbritanniens), wo man u.a. Flaggen verbrannte, Parolen wie „Gestern Hitler, heute Clinton“ oder „Verteidigen wir die slawischen Brüder!“ skandierte und ein militärisches Eingreifen Rußlands an der Seite der BRJ verlangte. Am 28. März wurde die Botschaft der USA in Moskau aus einem vorbeifahrenden Auto beschossen; Verletzte gab es nicht.

Auch die Terminologie, mit der das NATO-Vorgehen gegen die BRJ kommentiert wurde, ließ keinen Zweifel an der russischen Position: Es handle sich um eine „Aggression“, „(Staats-)Terror“, einen „schmutzigen Krieg“, ein „Verbrechen“ bzw. ein „verbrecherisches Abenteuer“. Die Bombardierungen seien „barbarisch“ und „ungeheuerlich“. Die NATO setze verbotene Waffen ein, greife vorsätzlich zivile Ziele, darunter Wohnviertel, Kindergärten und Schulen, an, verübe „zahlreiche Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, töte „kaltblütig“ die Zivilbevölkerung der BRJ und richte eine Umweltkatastrophe an. Gennadij Sjuganow, Anführer der stärksten politischen Kraft des Landes, der Kommunistischen Partei der Rußländischen Föderation (KPRF), verglich die NATO und die USA mit Hitlerdeutschland. Der Leiter der Hauptverwaltung für internationale Militärkooperation des Verteidigungsministeriums, General Leonid Iwaschow (ein bekannter nationalistischer Hardliner), sprach von „NATO-Faschismus“ und „NATO-Mordgesellen“;⁶ das Bündnis sei

³ So z.B. die Formulierung bei Dmitrij Danilov: Erozija struktur evropejskoj bezopasnosti v kontekste jugoslavskogo krizisa. In: Konflikt v Kosovo: Novyj kontekst formirovanija rossijskich nacional'nych interesov. Materialy konferencii, organizovannoj Moskovskim centrom Instituta Vostok-Zapad i Institutom mirovoj ekonomiki i mezdunarodnych odnosenij RAN 17 maja 1999 g., S. 18.

⁴ Zitiert nach Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) 20.4.1999, S. 6.

⁵ Vgl. z.B. Izvestija 26.3.1999, S. 1.

⁶ Zitiert nach Itogi 30.3.1999, S. 16.

eine „Verbrecherorganisation“ ohne jedes Existenzrecht.⁷ Die Luftschläge der NATO wurden vielfach mit dem Angriff Deutschlands auf Jugoslawien 1941 verglichen bzw. ihm gleichgestellt. Die russische Armeezeitung „Roter Stern“ zitierte zustimmend die Aussage des österreichischen Schriftstellers Peter Handke von einem „neuen Auschwitz“, in das die NATO die BRJ verwandeln wolle.⁸ - Zahlreiche russische Stimmen (darunter Iwanow) forderten, NATO-Generäle und/oder Generalsekretär Javier Solana vor das internationale Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag zu bringen. Dieses gab Ende Mai 1999 bekannt, stattdessen Milosevic anklagen zu wollen, was in Rußland auf Unverständnis und Kritik stieß.

Diese Reaktionen erweckten insgesamt den Anschein, daß sich Rußland (auch) über seine eigene Krise und weltpolitische Marginalisierung (die sich eben auch darin artikuliert, daß es Jugoslawien nicht vor der NATO schützen konnte) auch mit der Überzeugung hinwegtrösten wollte, dem Westen wenigstens „moralisch“ und „sittlich“ überlegen zu sein. So wurde immer betont, daß Gewalt zur Lösung ethnischer Konflikte untragbar sei (auch wenn Jelzin u.a. mit dem Krieg in Tschetschenien 1994-96 mit nach verschiedenen Angaben zwischen 50.000 und 100.000 Toten genau das selbst versucht hat) und eine „politische Lösung“ gefunden werden müsse; demgegenüber setze die NATO ausschließlich auf Gewalt und sei nicht bereit, zu anderen Bedingungen als zu den von ihr selbst festgelegten (und für Belgrad unannehmbaren) Frieden zu schließen. Als Hauptaufgabe der eigenen Vermittlungstätigkeit nannten russische Vertreter stets ausschließlich einen Abbruch der NATO-Bombardements; von einer vorherigen Beendigung auch der „ethnischen Säuberungen“ im Kosovo war keine Rede. Moskau drohte der NATO für den Fall einer weiteren unzureichenden Berücksichtigung seiner Meinung mehrmals mit dem Abbruch seiner Vermittlung, ohne damit aber in Brüssel oder Washington sichtliche Besorgnis auszulösen.

Zahlreiche russische Stimmen konstatierten eine - bereits eingetretene oder zumindest bevorstehende - Rückkehr zum Kalten Krieg mit dem Westen. Maßgebliche Instanzen und Funktionäre verlangten unter Hinweis auf „Allied Force“ eine Erhöhung der Militärausgaben (trotz der nach wie vor tristen wirtschaftlichen und sozialen Lage⁹), eine „Stärkung der Verteidigungsfähigkeit“, eine Anpassung der Militärdoktrin (in Richtung auf einen früheren Ersteinsatz von Atomwaffen) und eine Abänderung der gesamten derzeit laufenden Militärreform.

Es war offenkundig, daß sich vor dem Hintergrund der heranrückenden Parlaments- und Präsidentenwahlen (Ende 1999 bzw. Mitte 2000) „die Vertreter der russischen politischen Elite untereinander um das Recht stritten, vor der öffentlichen Meinung in der Rolle als wahre Verteidiger der einer Aggression ausgesetzten Serben zu erscheinen“.¹⁰ Prof. Jurij Dawydow vom Institut für USA und Kanada der Rußländischen Akademie der Wissenschaften stellte die russischen Reaktionen auf „Allied Force“ in einen größeren Zusammenhang: Die Elite Rußlands benötige einen Sündenbock für das Scheitern der Reformpolitik, und dafür sei der Westen, ohnedies Gegner im nicht lange zurückliegenden Kalten Krieg, sehr geeignet. Diese Einstellung bestimme die russische Interpretation des Jugoslawien-Konflikts.¹¹ Die russische

⁷ Zitiert nach Ö1-„Mittagsjournal“ 9.4.1999, 12.17 Uhr.

⁸ Vgl. Krasnaja zvezda 18.5.1999, S. 3.

⁹ Nach dem 1999 U.N. Human Development Report, der den Lebensstandard in 174 Staaten untersuchte, steht Rußland (unmittelbar hinter Westsamoa) an 71. Stelle (nach Kommersant' 16.7.1999, S. 2). Es wendet ca. 30% seines Staatsbudgets (das sich nicht unerheblich auf Kredite westlicher Staaten bzw. von diesen dominierten internationalen Finanzorganisationen stützt; vgl. Anm. 34) für innere und äußere Sicherheit, Rüstung und Geheimdienste auf.

¹⁰ Nezavisimaja gazeta 6.4.1999, S. 3.

¹¹ Vgl. Jurij Dawydov: Problema Kosovo v rossijskom vnutripoliticeskom kontekste. In: Dmitrij Trenin/ Ekaterina Stepanova (Gesamtredaktion): Kosovo. Mezhdunarodnye aspekty krizisa. Moskovskij Centr

Politologin Lilija Schewzowa bezog eine ähnliche Position: Der Kosovo-Konflikt habe Teilen der russischen Elite eine gute Möglichkeit geboten, „die Vorstellung vom äußeren Feind auf den Westen zu projizieren“ und sei zudem „ein willkommenes Moment der Konsolidierung, und zwar unter dem Zeichen der Supermacht“ gewesen.¹²

In Rußland zeigte man sich überzeugt, daß die NATO sehr viel mehr Verluste an Menschen und Material zu verzeichnen habe als sie offiziell zugab (im Kampf v.a. je eine F-117 [siehe unten], F-16 und A-10, die noch landen konnte): Bereits am 2. April behauptete der Generalstab, daß die NATO bis zu zehn Flugzeuge, drei Hubschrauber, einige unbemannte Flugapparate und ca. 40 Cruise Missiles verloren habe.¹³ Gleichzeitig übertreibe die NATO die Verluste der BRJ gewaltig. - In Rußland vermochte man allerdings auch keine auch nur ansatzweise plausible Erklärung für die schließliche Entscheidung Milosevics zu geben, seine - angeblich weitgehend unversehrten - Streitkräfte aus dem Kosovo abzuziehen.

Die russische Sicht des Konflikts

Die BRJ habe „niemanden bedroht“ und werde „völlig unproviziert“ und „willkürlich“ bombardiert; sie verteidige sich nur gegen den „aggressiven Separatismus“ der Kosovo-Albaner und den „Terrorismus“ der UCK, die eine kriminelle Organisation sei, sich aus dem Drogenhandel finanziere sowie von islamischen Extremisten unterstützt und (auch) von westlichen Geheimdiensten bewaffnet und ausgerüstet werde. Der damalige Ministerpräsident Jewgenij Primakow warf dem Westen Ende März 1999 vor, nur deswegen von einem Genozid an den Kosovo-Albanern zu sprechen, um sein militärisches Vorgehen gegen die BRJ zu rechtfertigen. Auch manche „demokratische“ russische Medien bestritten, daß serbische Militär- und Polizeieinheiten Albaner vertrieben - diese seien vielmehr wegen der Angriffe der NATO „im Resultat allgemeiner Panik, kollektiver Psychose und Angst, in der Hölle der NATO-Bombardements zu sterben“, aus eigener Initiative geflohen. Zudem hätten viele Albaner den Kosovo ohnedies verlassen wollen, um in das wohlhabende Westeuropa zu gelangen. Berichte von „angeblichen ethnischen Säuberungen“ durch die Serben seien „NATO-Agitprop“.¹⁴ Von den Kosovo-Albanern sei zu hören, daß sie „bei allen Schwierigkeiten in den Beziehungen zu den Serben nicht solche Schrecken erlebt“ hätten wie im Gefolge der Intervention der NATO, ohne die sie sich mit den Serben in allen strittigen Fragen verständigt hätten.¹⁵ Die Militärzeitung versicherte, daß Belgrad versuche, den Flüchtlingsstrom zu stoppen „und jene zurückzuholen, die das Land verlassen mußten“;¹⁶ die NATO verstärke dagegen die Bombardements des Kosovo, um die Rückkehr der albanischen Flüchtlinge zu verhindern.¹⁷ Die NATO führe (auch) einen „psychologischen Krieg“. In Wahrheit, so Iwanow, sei sie es, die einen „Genozid“ verübe - und zwar „an der Zivilbevölkerung Jugoslawiens“.¹⁸

Mit den von der NATO offiziell genannten humanitären Motiven hatten nach in Rußland vorherrschender Überzeugung die „eigentlichen“ Beweggründe ihres Einsatzes gegen die BRJ somit nichts zu tun. Als solche wurden v.a. angeführt: Der Westen wolle (trotz aller gegenteiliger Versicherungen) den Kosovo, der historisch ein unveräußerlicher Teil Serbiens

Karnegi 1999, S. 254ff, 264.

¹² Lilija Schewzowa: Zwischen Großmachtrhetorik und Pragmatismus. Vom Kosovo auf die Probe gestellt: Rußland und der Westen. In: Thomas Schmid (Hg.): Krieg im Kosovo. Reinbek bei Hamburg 1999, S.209, 206.

¹³ Nach Nezavisimoe voennoe obozrenie 13/1999, S. 2.

¹⁴ Nezavisimaja gazeta 21.5.1999, S.6; ähnlich auch Nezavisimaja gazeta 7.4.1999, S. 1.

¹⁵ Nezavisimaja gazeta 8.4.1999, S.6.

¹⁶ Krasnaja zvezda 9.3.1999, S.1.

¹⁷ Krasnaja zvezda 13.4.1999.

¹⁸ Zitiert nach FAZ 30.3.1999, S.3.

sei, von diesem abspalten und die BRJ „zerschlagen“, um den Balkan (der als „Interessenszone“ bzw. „Einflußbereich“ Rußlands beansprucht wird) zu „kontrollieren“; die NATO beabsichtige, die BRJ „zu erobern und zu einem Protektorat zu machen“;¹⁹ der Westen wolle Milosevic stürzen und ein ihm höriges Regime in Belgrad einsetzen (womit Rußland, so eine vielfach geäußerte Befürchtung, Serbien „verlieren“ würde); dem Westen gehe es um die Disziplinierung eines der wenigen Länder Ost- und Südosteuropas, das nicht der NATO beitreten will und sich der „Militärmaschine NATO“ und einem „Diktat des Westens“ widersetzt, dem sich Rußland selbst unterworfen glaubt; die USA (das, so der „Rote Stern“, „Reich des Bösen“²⁰) wollten eine Integration auf der Basis rein europäischer Institutionen, an denen Rußland, nicht aber sie beteiligt wären, hintertreiben und ein „militär-polizeiliches Diktaturregime für Europa“²¹ errichten; die NATO habe einen Anlaß gebraucht, um ihren Fortbestand nach dem Ende des Kalten Krieges zu rechtfertigen; die BRJ müsse als „Testgelände“ für neue Waffensysteme herhalten; die NATO wolle mit dem Vorgehen gegen die BRJ auch Rußland „erniedrigen“ und „demütigen“ usw.

Sehr verbreitet (u.a. im Parlament und in der Armee) war und ist auch die Auffassung, daß „Allied Force“ ein Präzedenzfall war und die NATO einen regionalen bzw. ethnischen Konflikt in der GUS (v.a. im unruhigen Kaukasus) oder in Rußland selbst zum Vorwand nehmen könnte, dort direkt militärisch einzugreifen. Die Parole „Gestern Irak, heute Jugoslawien, morgen Rußland“ ist überaus populär. Die USA strebten nicht nur eine „unipolare Welt“ (im Gegensatz zu der von Rußland propagierten „vielpoligen Welt“ mit mehreren Großmächten, denen es sich auch selbst zurechnet), sondern überhaupt die „Weltherrschaft“ an; ihr Instrument, „eiserne Faust“ und „Repressionsapparat“ sei die NATO. - Die Zukunftsperspektiven werden in Rußland durchaus unterschiedlich eingeschätzt: Während sich manche Kommentatoren überzeugt zeigen, daß die US-Pläne am entschiedenen Widerstand Rußlands und seiner „strategischen Partner“ in der GUS und in Asien (v.a. China, Iran, Indien) scheitern werden, sagen andere Stimmen einen „Untergang Rußlands“ oder wenigstens sein „Verschwinden aus der Geschichte“ voraus. - Diese Auffassungen zeigen jedenfalls, daß Rußland dem Westen genau jene Orientierung an geopolitischen Kategorien und Interessen unterstellt, die sich in seiner eigenen Außen- und Sicherheitspolitik verfolgen läßt.

Die russische Haltung zum Kosovo-Konflikt weist Widersprüche und Doppelstandards auf, die im Westen kaum thematisiert wurden. Immerhin verwies eine angesehene Schweizer Zeitung darauf, daß Moskau immer wieder vor dem Separatismus der Kosovo-Albaner warnt, obwohl es selbst bewaffnete (prorussische) Separatisten - im Dnjestr-Gebiet (Moldowa), in Abchasien und Südossetien (Georgien) sowie in Berg-Karabach (Aserbaidschan) - direkt durch militärische Intervention oder indirekt unterstützt hat.²² Es ist weiters eine interessante Frage, wie sich Rußland verhielte, wenn eine GUS-Republik mit seiner „russischsprachigen“ Minderheit ebenso verfahren würde wie die Serben mit den Kosovo-Albanern. Das gegenwärtige politische Klima in Rußland läßt die Prognose plausibel erscheinen, daß es das dann keineswegs als „innere Angelegenheit“ des entsprechenden Landes betrachtete, die strenge Nichteinmischung gebiete - Moskau würde ihm mit militärischer Gewalt zumindest drohen. Aufschlußreich waren auch die russischen Interpretationen von Meinungsumfragen in westlichen Ländern: Wenn diese eine Unterstützung für die NATO-Aktion anzeigten, hieß es, daß die Allianz die öffentliche Meinung manipulierte; wenn sie dagegen (wie v.a. in

¹⁹ Jelzin, zitiert nach Nezavisimaja gazeta 10.4.1999, S.1.

²⁰ Krasnaja zvezda 3.4.1999, S.3.

²¹ Nezavisimoe voennoe obozrenie 12/1999, S. 1.

²² Vgl. Neue Zürcher Zeitung (NZZ) 24.6.1999, S. 2.

Griechenland und Italien) Ablehnung signalisierten, zog man sie als Unterstützung für die eigene Position heran.

Verlust einer F-117A

In der Nacht vom 27. auf den 28. März stürzte ein Stealth-Bomber F-117 der US Air Force nahe Belgrad ab; der Pilot konnte gerettet werden. Rußlands Verteidigungsminister Marschall Igor Sergejew behauptete, daß die Maschine vom sowjetischen Raketenabwehrsystem „Kub“ abgeschossen worden sei, und die russische Regierungszeitung spottete, daß sich die F-117 als „plumpes Huhn“ erwiesen habe.²³ Zahlreiche russische Presse- und Agenturmeldungen (u.a. unter Berufung auf den russischen Generalstab) lassen kaum einen Zweifel daran, daß Wrackteile der F-117 sofort zur Untersuchung nach Rußland gebracht worden sind.

Waffenlieferungen?

Die Staatsduma, das Unterhaus des Parlaments, verlangte in einer Resolution bereits im Herbst 1998 Waffenlieferungen an die BRJ. Eine britische Fachzeitschrift behauptete, daß Rußland schon vor „Allied Force“ Komponenten mehrerer Exemplare des Luftabwehrkomplexes S-300 an die BRJ geliefert habe; Moskau dementierte.²⁴

Dem „demokratischen“ stellvertretenden Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses der Staatsduma, Alexej Arbatow, zufolge dominierte während der Kampfhandlungen im russischen „Massenbewußtsein“ die Meinung, daß den Serben geholfen werden müsse, der NATO größtmöglichen Schaden zuzufügen.²⁵ Beide Kammern des Parlaments sowie zahlreiche Organisationen und Spitzenpolitiker forderten Lieferungen von Waffen (und v.a. S-300) an die BRJ, damit, so Dumavorsitzender Gennadij Selesnjow (KPRF), die „jugoslawische Armee täglich 20 bis 30 NATO-Flugzeuge vernichten kann“.²⁶

„Freiwillige“ nach Jugoslawien?

Historische Reminiszenzen in Rußland erinnerten daran, daß man den Serben schon mehrmals (v.a. 1876, 1914) „zu Hilfe geeilt“ ist. „Freiwillige“ aus Rußland hatten schon geraume Zeit vor „Allied Force“ im Kosovo gekämpft.²⁷ Wladimir Schirinowskijs ultranationalistische „Liberal-demokratische Partei Rußlands“ (LDPR) wie auch die von der KPRF dominierte „Volksdemokratische Union“ (NPSR), ein Sammelbecken linker und nationalistischer Gruppierungen, machten sich dann sofort nach Beginn von „Allied Force“ an die Registrierung „Freiwilliger“. Der „Rote Stern“ meldete, daß 18.000 Russen zum Kampf für Serbien bereit seien, und maßgebliche Militärkreise signalisierten Bereitschaft, sich aktiv auf der Seite der BRJ zu engagieren. So erklärte der Kommandant des Fernöstlichen Militärbezirks, General Viktor Tschetschewatow, daß er ein russisches Kontingent „sowohl aus Freiwilligen als auch regulären Formationen der russischen Armee“ in Jugoslawien anführen wolle.²⁸ - Die Anwerbung von Söldnern ist nach dem russischen Strafgesetzbuch (Art. 359) mit drei bis sieben Jahren Freiheitsentzug bedroht. Von der Einleitung entsprechender Verfahren wurde allerdings nichts bekannt.

²³ Rossijskaja gazeta 30.3.1999, S. 7.

²⁴ Vgl. Jane's Defence Weekly 4.8.1999, S. 4.

²⁵ Gastkommentar, in Nezavisimaja gazeta 16.4.1999, S. 8.

²⁶ Interview, in Berliner Zeitung 26.4.1999, S. 5.

²⁷ Vgl. dazu z.B. Moscow News 40/1998, S. 8.

²⁸ Zitiert nach Izvestija 27.3.1999, S. 1.

Ein militärisches Eingreifen?

Vielfach wurde (u.a. vom „Roten Stern“) die Hoffnung ausgedrückt, daß die Ereignisse auf dem Balkan die Chancen zur Konsolidierung der von einer anhaltenden wirtschaftlichen, sozialen und auch geistigen Krise gezeichneten russischen Gesellschaft angesichts der (vermeintlichen) gemeinsamen Bedrohung aus dem Westen erhöhen. „Es ist so etwas wie eine vereinigende nationale Idee entstanden ... - die intensive Vorbereitung auf einen Krieg mit westlichen Staaten“.²⁹ Die Regierungszeitung formulierte, daß man dem „NATO-Monster ... nur mit Gewalt widerstehen könne, da es eine andere Sprache nicht verstehe.“³⁰ Auch „demokratische“ Medien verbreiteten immer neue Atom- und Weltkriegsszenarien, die auf der Kosovo-Krise aufbauten. Der russische Militäranalytiker Pawel Felgenhauer, dessen gute Beziehungen zum Generalstab bekannt sind, meinte, daß Rußland in einem „realistischen Szenario“ zwei oder drei Atombomben gegen die NATO-Präsenz in Albanien einsetzen könnte. Der Westen solle sich hüten anzunehmen, daß Moskau nur blufft.³¹ Und: „Es könnte das letzte Mal sein, daß sich die Regierung Clinton verrechnet, bevor die Vereinigten Staaten in Rauch aufgehen“.³²

Die russischen Maßnahmen beschränkten sich dann auf die Entsendung des Aufklärungsschiffes „Liman“ in die Adria Anfang April 1999. Zu einem Einsatz von weiteren Schiffen der Schwarzmeerflotte, der zeitweise im Raum stand, kam es nicht. Dafür versorgten russische Geheimdienste Moskauer Medienberichten zufolge Belgrad u.a. mit aktuellen Daten über Startzeit, Flugrouten, Anzahl und Typen von NATO-Kampfflugzeugen.³³

Neue Kredite

Primakow war am 23. März gerade auf dem Weg nach Washington, um über neue Kredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu verhandeln. Als er von der bevorstehenden Einleitung von „Allied Force“ erfuhr, ließ er das Flugzeug wenden und nach Moskau zurückkehren. Manche russische Medien argwöhnten daraufhin, daß damit die Chancen auf Kredite reduziert oder vorerst überhaupt vertan seien. Der einflußreiche Politologe und Leiter des „Rates für Außen- und Verteidigungspolitik“ (einer nichtstaatlichen Vereinigung von Politikern, Wissenschaftlern, Geschäftsleuten usw.), Sergej Karaganow, hielt dagegen: „Die Militäration der NATO in Jugoslawien kann die Zuerkennung eines IWF-Kredits an Rußland beschleunigen. Die Amerikaner können eine solche Entscheidung treffen, weil sie Rußland diese bittere Pille irgendwie versüßen wollen“.³⁴ So kam es dann auch: Während der schrillsten Kritik Moskaus an der NATO sagte der IWF Rußland einen (weiteren) Großkredit von 4,5 Mrd. Dollar zu,³⁵ was ohne die dort tonangebenden westlichen Staaten mit den USA an der Spitze nicht möglich gewesen wäre.

Beitritt Jugoslawiens zur „Union“ Rußland - Belarus?

Ein solcher Schritt war schon vor „Allied Force“ ventiliert worden. Am 12. April 1999 stimmte das jugoslawische Parlament ohne Gegenstimme dafür, und vier Tage darauf verabschiedete die Staatsduma eine entsprechende (rechtlich nicht bindende) Resolution. Auch der autoritär regierende belorussische Präsident Alexander Lukaschenko signalisierte klare Zustimmung, doch die russische Führung reagierte skeptisch und zurückhaltend.

²⁹ Nezavisimoe voennoe obozrenie 13/1999, S. 1.

³⁰ Rossijskaja gazeta 16.4.1999, S. 4.

³¹ Interview, in: Profil 16/1999, S. 115.

³² Felgenhauer, zitiert in: FAZ 16.4.1999, S. 7.

³³ Vgl. z.B. Kommersant 2.4.1999.

³⁴ Zitiert nach Segodnja 25.3.1999, S. 2.

³⁵ Er wurde dann auf einer Sitzung der IWF-Führung am 29.7.1999 beschlossen. Unmittelbar darauf sprach die Weltbank Rußland einen Kredit von 1,2 Mrd. Dollar zu.

Die Art. 2 und 11 des 1997 unterzeichneten Vertrages über die „Union“ Rußland – Belarus enthalten sicherheits- und militärpolitische Bestimmungen, und hier lag auch das eindeutige Motiv für das Interesse Belgrads an einer Mitgliedschaft: „Moskau und Minsk sollen in den Krieg hineingezogen werden“.³⁶

Teilnahme an der Kosovo-Friedenstruppe

Aus der Sicht der NATO war die Teilnahme russischer Einheiten an einer Friedenstruppe für den Kosovo von Anfang an völlig unbestritten; Solana meinte, daß diese „Sicherheit für die Serben bedeuten sollen“.³⁷ Die Verhandlungen mit den USA über die Struktur der Kosovo Force (KFOR) Anfang Juni verliefen vom Standpunkt Rußlands aus jedoch höchst unbefriedigend - es kritisierte, daß versucht werde, ihm eine untergeordnete Rolle zuzuweisen. Daher entschloß man sich in Moskau zu einem Überraschungscoup: 200 Soldaten aus dem russischen SFOR-Kontingent im bosnisch-herzegowinischen Uglevik fuhren ohne Absprache mit der NATO mit 16 Panzerfahrzeugen (BTR) und 20 anderen Fahrzeugen über serbisches Gebiet in den Kosovo und besetzten am 12. Juni den Flughafen Slatina bei Pristina.

Iwanow hatte zugesagt, daß die russischen Truppen die Grenze zum Kosovo nicht vor den anderen KFOR-Einheiten überschreiten werden. Nachdem dies dann doch geschehen war, sprach er von einem „Fehler“ - die Soldaten würden unverzüglich wieder abgezogen, weil es für ihre Aktion keine Erlaubnis der Regierung in Moskau gäbe. Es kam allerdings nicht dazu. Diese Vorgänge ließen sich eventuell noch - wie von manchen russischen und westlichen Medien auch versucht - damit erklären, daß das Verteidigungsministerium das Außenministerium einfach nicht informiert hat. Ganz zweifellos der Desinformation diene aber die am 11. Juni gemachte Versicherung des Kommandeurs der Luftlandtruppen, Generaloberst Georgij Schpak, daß keine russische Einheit das Territorium der BRJ betreten habe.³⁸ Der NATO-Oberbefehlshaber in Europa (SACEUR), US-General Wesley Clark, war durch die US-Aufklärung von dem russischen Handstreich informiert und wollte ein Kommandounternehmen einleiten, um den Flughafen für die NATO zu retten. Der britische KFOR-Oberbefehlshaber General Michael Jackson lehnte allerdings ab („I'm not going to start World War III for you“). Bei folgenden Konsultationen stellte sich die britische Regierung hinter Jackson, während Clark in Washington für seine Position keine Unterstützung fand.³⁹ Jackson blieb im Amt, während Clark als SACEUR im Frühjahr 2000 vorzeitig abgelöst wird.

Sergejew meinte, daß die russischen Soldaten in Slatina nicht isoliert seien und „mit allem Notwendigem versorgt“ würden.⁴⁰ So war es dann auch - allerdings wohl in einem anderen Sinne als von ihm insinuiert: Als den Russen Proviant und Wasser ausgingen, wurden sie von den Briten, denen sie kurz zuvor den Weg auf den Flughafen versperrt hatten (während serbisches Militär ungehindert passieren konnte), verpflegt.

Die NATO versuchte, die Bedeutung des „Sprunges nach Pristina“ herunterzuspielen, während man sich in Rußland überzeugt gab, daß er die eigene Position bei den Verhandlungen mit den USA über die KFOR signifikant verbessert hat. Tatsächlich konnten die Russen den Flughafen Slatina (wo eigentlich Jackson sein Hauptquartier aufschlagen wollte), behalten. Die NATO lehnte allerdings weiter die beiden zentralen russischen Forderungen - ein eigener Sektor im Norden des Kosovo (d.h. an der Grenze zum übrigen

³⁶ Heinz Timmermann: Wer will schon einen „Slawischen Bruderbund“? In: FAZ 24.4.1999, S. 11.

³⁷ Zitiert nach Austria Presse Agentur (APA) 272, 4.2.1999.

³⁸ Nach Nezavisimoe voennoe obozrenie 23/1999, S. 2.

³⁹ Nach Newsweek 3.8.1999; vgl. Lothar Rühl, in: FAZ 6.7.1999

⁴⁰ Nach Nezavisimoe voennoe obozrenie 23/1999, S. 2.

Serbien) und keine Unterstellung seiner Truppen unter das Kommando der Allianz - ab, weil sie eine daraus resultierende Teilung des Kosovo befürchtete.

Einem von den Verteidigungsministern der USA und Rußlands, William Cohen und Sergejew, am 18.6.1999 in Helsinki unterzeichneten Abkommen zufolge entsendet Rußland maximal 3.616 (statt wie ursprünglich ventiliert bis zu 10.000) der ca. 57.000 KFOR-Soldaten. 2.850 Russen sind auf die Sektoren der USA, Deutschlands und Frankreichs verteilt, 750 stehen am Flughafen Slatina (wo die Briten für die Kontrolle des Flugverkehrs zuständig sind), und weitere 16 sind Verbindungsoffiziere.⁴¹ Dazu kommen noch 210 Mitarbeiter des russischen Innenministeriums (MVD) als Teil der internationalen Polizeimission im Kosovo. - Moskauer Politiker und Militärs machten klar, daß die russischen Truppen völlig unabhängig von der NATO zu agieren gedenken. Genau dies fürchten die Kosovo-Albaner, die mehrfach (so in Orahovac, Malisevo und Kosovska Kamenica) gegen die Russen demonstrierten, während sie von den Serben bejubelt wurden.

Es liegen Hinweise vor, die darauf schließen lassen, daß das russische Verteidigungsministerium beabsichtigte, nach dem Vorbild der erfolgreichen Inbesitznahme von Slatina einen möglichst großen Teil des Kosovo einseitig zu besetzen. Die russische Zeitschrift „Neue Zeit“ kommentierte: „Rückblickend ist verständlich, was General Iwaschow meinte, als er sagte, daß Rußland nicht um einen eigenen Sektor im Kosovo bitten wird. Diesen Sektor wollte man sich offenbar einfach nehmen“.⁴² Allerdings verweigerten Ungarn, Rumänien und Bulgarien den russischen Transportern auf Ersuchen der USA und der NATO mehrere Tage lang die Überfluggenehmigung, sodaß nicht rasch genug ein ausreichend großes Truppenkontingent herangeführt werden konnte, und der Plan scheiterte ungeachtet der kaum verhüllten Wut russischer Generäle. Eine Moskauer Tageszeitung schrieb, daß sich russische Militärs in privaten Gesprächen über die eigenen Politiker beschwerten, die nach der Besetzung von Slatina zu lange gezögert hätten - ansonsten würden jetzt die Russen Pristina kontrollieren.⁴³

Dr. Martin MALEK
Mitarbeiter des Instituts für internationale Friedenssicherung
der Landesverteidigungsakademie, Wien.

⁴¹ „Agreed Points on Russian Participation in KFOR“, in: www.nato.int/kosovo/docu/a990618a.htm.

⁴² *Novoe vremja* 28/1999, S. 29.

⁴³ Vgl. *Vremja* 22.7.1999, S. 6.